

Dr. Thomas Röbbke/ Dr. Lilian Schwalb

Was kann und soll eine quantitative Befragung zu bürgerschaftlichem Engagement leisten? Der Freiwilligensurvey 2014 in der engagementpolitischen Diskussion.

Wenn Ergebnisse einer Studie veröffentlicht werden, die einen breiten Erkenntnisgewinn in Aussicht stellen und als solche mit vielfältigen Erwartungen verknüpft werden, kann davon ausgegangen werden, dass alle an diesen Ergebnissen interessierten Akteure ganz besonders genau hinsehen. Wird die Studie noch dazu mit einer vergleichsweise hohen Summe aus öffentlichen Mitteln gefördert, verstärkt sich diese Situation allemal.

Beide Aspekte treffen für den Freiwilligensurvey in vollem Maße zu. In Anbetracht der nun vierten Welle hat sich der Survey, als umfassendste quantitative Befragung zu freiwilligem Engagement in Deutschland, zu einem mächtigen Instrument entwickelt, das in Anbetracht seiner Differenziertheit, seines Umfangs und der Möglichkeit einer Längsschnittbetrachtung zu Recht Renommee genießt. Mit den Ergebnissen der seit 1999 im Fünfjahresabstand im Auftrag des BMFSFJ erhobenen Daten sind in der Konsequenz ganz praktische Interessen verbunden. Diese spiegeln die Praxis des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Feldes und somit unterschiedliche Herausforderungen der hier aktiven, engagierten, koordinierenden, Politik gestaltenden und in Organisationen, Einrichtungen und Netzwerken zusammengesetzten Akteure. Sie sind auch mit Bedarfen der Forschung (und Forschungspolitik) rund um Zivilgesellschaft, gemeinnützige Organisationen und um das bürgerschaftliche Engagement verknüpft. Ableitbar sind außerdem relevante engagementpolitische Empfehlungen und Forderungen, die die Praxis sowohl des individuellen als auch organisierten Engagements konkret beeinflussen. Die bislang, seit dem Erscheinen der Ergebnisse der vierten Welle des Surveys geführten, Debatten beziehen sich insbesondere auf die beiden erstgenannten Aspekte.

Wir werden im Folgenden auf alle Aspekte in Kürze eingehen, unser Schwerpunkt liegt in diesem Beitrag allerdings auf einer engagementpolitischen Fragestellung: Im Folgenden wird das Instrument, seine Potentiale und damit verbundenen Herausforderungen in den Blick genommen, perspektiviert und die Frage gestellt:

Was kann und soll der Freiwilligensurvey leisten?

Nach einer Kontinuität bei der Erhebung und Auswertung ist im Jahr 2014 erstmals das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) mit der Erstellung des Berichts beauftragt. Wie bereits skizziert werden in der Fachöffentlichkeit Erwartungen formuliert, welche Aufgaben

durch die Datenerhebung und Auswertung durch den Auftragnehmer und die Auftraggeberin geleistet werden sollen.

An diesen Erwartungshaltungen anknüpfend versuchen wir uns in der Folge an einer Einschätzung hinsichtlich der erwarteten Aufgabe,

- eine zentrale Datengrundlage für das Feld des bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung zu stellen,
- als wissenschaftlicher Bericht unser Wissen über Engagement und dessen Entwicklung zu unterfüttern, zu erweitern und die Forschung und fachöffentlichen Debatten zu bereichern, und
- als Basis und Instrument für eine engagementpolitische Diskussion einen Wegweiser für eine zukünftige Gestaltung von guten und nachhaltigen Rahmenbedingungen bereitzustellen.

1. Der Freiwilligensurvey 2014 in der Diskussion: Begriff – Methode – Ergebnisse

Der neue Freiwilligensurvey hat mit der Publikation der Ergebnisse seiner 2014er Erhebungswelle zu grundsätzlichen Diskussionen angeregt.

Die Frage der dem Survey zu Grunde gelegten *Begriffsdefinition und -dimension*, beschäftigt beispielsweise Roland Roth (BBE-Newsletter 10/2016). Roth kritisiert unter anderem ein Fehlen des Kriteriums der Gemeinwohlorientierung. Ob und wenn ja in welchem Ausmaß dies in der Erhebungspraxis und ihrer Konsequenz einen Unterschied macht, bleibt zu überprüfen. Adalbert Evers (BBE-Newsletter 13/2016) stimmt zwar mit der grundsätzlichen, breiten Begrifflichkeit überein, spricht sich jedoch unter anderem dafür aus, das politische Engagement exakter zu fassen und besser einzubeziehen.

Nicht minder engagiert fällt die *Methodenkritik* aus. Mit 28.690 Befragten wurden im Kontext des Freiwilligensurvey 2014 so viele Menschen wie nie zuvor befragt. Holger Krimmer (BBE-Newsletter 13/2016) würdigt die Möglichkeiten des Freiwilligensurveys als quantitative Datenbasis für die Abbildung und Erforschung der Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement über die Zeit hinweg. Er stellt aber auch heraus, dass eine quantitative Befragung grundsätzlich durch alternative Erhebungsformate ergänzt werden müsse, um der Vielfalt an Formen und Ausprägungen des Engagements gerecht werden zu können. Roland Roth befürchtet, dass mit der Tradition der bisherigen Erhebungen gebrochen worden sei, Vergleichbarkeit anzustreben. Veränderungen in der Methode bewirkten, dass im Rückgriff auf die Daten der früheren Freiwilligensurveys keine (verlässlichen) Ergebnisse über qualitative Veränderungen im Zeitverlauf möglich seien (BBE-Newsletter 10/2016).

Natürlich drehen sich aktuelle Diskussionen auch um *Auswertungsergebnisse*. Kritisch wird aktuell insbesondere die Engagementquote beäugt, die gemäß aktuellen Datenauswertungen enorm angestiegen ist. Einige zentrale Ergebnisse werden im folgenden Abschnitt be-

nannt. Dabei fragen wir, wie eingangs angekündigt: Was können wir für eine gute *Engagementpolitik* aus dem vorliegenden Freiwilligensurvey lernen?

2. Engagement im Veränderungsprozess

Immer mehr Engagierte – Zunahme der Engagementbereitschaft

Nach dem Freiwilligensurvey engagieren sich immer mehr Menschen in Deutschland freiwillig. Oder anders ausgedrückt: Die Engagementquote ist im Zeitverlauf gestiegen – laut Freiwilligensurvey 2014 um knapp 10 Prozent innerhalb der letzten 15 Jahre. Das Forscherteam legt verschiedene Annahmen zu Grunde: „Gesellschaftliche Veränderungen, wie beispielsweise die Bildungsexpansion oder die gestiegene Thematisierung des freiwilligen Engagements in Politik und Öffentlichkeit“ seien ursächlich; lokale Infrastruktureinrichtungen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung.

Wesentlich sei auch eine Differenz zwischen den verschiedenen Erhebungswellen hinsichtlich des methodischen Vorgehens. So sei aufgrund der Art und Weise der Prüfung von Antworten Befragter hinsichtlich ihres Engagements die Engagementquote bislang unterschätzt worden. Betrachtet man die Quote vor und nach Prüfung – was grundsätzlich ein legitimes Verfahren ist – zeigen sich tatsächlich beträchtliche Unterschiede. Mit Prüfkriterien ist gleichwohl ein bestimmtes Verständnis darüber verbunden, was im jeweiligen Bericht unter bürgerschaftlichem Engagement gefasst wird. Dies ist auch in Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der verschiedenen Wellen und somit eine Betrachtung der Ergebnisse im Längsschnitt durchaus eine relevante Frage, die es zu diskutieren gilt.

Betrachtet man die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements in spezifischen Feldern, so wird offensichtlich, dass das Engagement im Zeitverlauf über Bevölkerungsgruppen hinweg ansteigt. Dabei nähern sich Quoten von Frauen und Männern leicht an. Sehr große und große Engagementfelder sind der Sport, der Bereich Schule/ Kindergarten, Kultur und Musik, der Soziale Bereich sowie der Bereich Kirche und Religion. Ein besonders starkes Wachstum ist in den vergangenen 15 Jahren im Bereich Schule und Kindergarten, Kultur und Musik, im sozialen Bereich und in der Jugendarbeit sowie Bildungsarbeit für Erwachsene zu beobachten.

Interessant ist auch, dass ein weiterer Anstieg des organisierten Engagements in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen zu verzeichnen ist. Die Ergebnisse des Survey 2014 verweisen außerdem auf eine hohe Engagementbereitschaft.

Differenzierung und Diversifizierung

Den Ergebnissen zufolge korreliert bürgerschaftliches Engagement mit dem sozioökonomischen Status. Bildung hat demnach einen sehr starken Einfluss auf das Engagement. Menschen, die schulisch und beruflich höhere Abschlüsse haben, sind häufiger engagiert als Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Relevant ist nach den neuen Ergebnissen ferner die

individuelle Wahrnehmung des Gesundheitszustands. Neben Bildung und Gesundheit ist auch das Einkommen bzw. der finanzielle Status aus Sicht der eigenen Wahrnehmung einschlägig.

Der Migrationshintergrund ist grundsätzlich nicht so entscheidend wie Erfahrungen, die in Kindheit und Jugend gemacht werden. Wichtig scheint die eigene Zuwanderungserfahrung/ Staatsangehörigkeit zu sein. So zeigen die Ergebnisse, dass unter Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, der Anteil der Engagierten ähnlich hoch ist wie unter Menschen ohne Migrationshintergrund. Geringer ist der Anteil der Engagierten unter Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar in Deutschland geboren sind, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Unterschiede zwischen jungen und alten Menschen werden größer. Der Anteil engagierter Frauen ist ein wenig geringer als der Anteil engagierter Männer. Am höchsten sind die Anteile Engagierter in den Altersgruppen der 14- bis 29-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen.

Auch regionale Unterschiede werden aufgeführt. Beispielsweise liegt der Anteil der Engagierten in städtischen Regionen unter dem Anteil in ländlichen Kreisen.

Perspektiven auf die Entwicklung verweisen insgesamt auf eine weitere Differenzierung im Engagementbereich.

Knappe Zeitressourcen und sinkende Zeitkontingente

Engagierte verwenden heute weniger Zeit für ihr Engagement als noch vor 15 Jahren. Dies wirft unter anderem Fragen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement auf.

Eine Leitungs- oder Vorstandsfunktion bekleiden nach wie vor viele Engagierte, häufiger sind dies Männer als Frauen. Und weiterhin gilt für die geschlechterspezifische Aufgabenteilung auch im Engagement: Tendenziell ist Macht männlich, die Arbeit ist weiblich. Die Übernahme von Ehrenamtsfunktionen/ Positionen scheinen grundsätzlich rückläufig zu sein. Die Anzahl Engagierter ohne Leitungsposition nimmt parallel zu.

Häufig sind Qualifikationen Voraussetzung für eine Tätigkeit.

Während finanzielle Mittel ein geringeres Moment einer Motivation des Engagements darzustellen scheinen, implizieren die Ergebnisse, dass zentrale Motive im „Spaß an der Tätigkeit“, „mit Menschen zusammen kommen“ oder der „Mitgestaltung der Gesellschaft“ liegen. Positiv ist gemäß der Auswertungsergebnisse, dass für die Engagierten in der Regel ein vielfältiger Motiv-Mix im Vordergrund stehe.

Die häufige Nennung der Motive der Anerkennung und des Erwerbs von Qualifikationen unterstreichen, dass das Lernen durch Engagement einen wichtigen Faktor darstellt.

Neue Erkenntnisse des Freiwilligensurveys basieren auf dem Einbezug von Werthaltungen (z.B. Solidarität, Kreativität), die im Zusammenhang mit dem Engagement stehen. Dies gilt auch für Fragen der Einbettung und Integration.

Orte des Engagements

Nach wie vor sind Vereine und Verbände die wichtigsten Orte bürgerschaftlichen Engagements.

Die Mitgliedschaft im Verein ist gestiegen, gleichzeitig nimmt bürgerschaftliches Engagement in informelleren Kontexten, Projekten und Initiativen zu.

Regional ist Engagement ungleich verteilt bzw. unterschiedlich ausgeprägt (Stadt-Land, West-Ost).

3. Viele Antworten und einige offene Fragen: Zwischenfazit

Im letzten Abschnitt wurden zentrale, interessante, zu diskutierende Befunde besprochen. So hat der aktuelle Freiwilligensurvey nachvollziehbar gemacht, dass sich bürgerschaftliches Engagement in verschiedener Hinsicht ausdifferenziert und diversifiziert. Verdienst des DZA-Teams ist es auch, die „Ränder“ des Engagements genauer zu beleuchten, zum Beispiel das Verhältnis zu Werten, zu Gesundheit und Einkommensverhältnissen oder zum informellen Engagement.

Engagement findet in verschiedenen Räumen statt: auf der einen Seite in Vereinen, auf der anderen Seite nimmt projektartiges Engagement und die Mitarbeit in Initiativen zu.

Veränderungen sind bei der Übernahme von Funktionen, Tätigkeiten, Verantwortung zu beobachten.

Vieles bleibt jedoch auch offen.

So stellt sich z. B. die Frage, warum das Spendenaufkommen nicht gewachsen ist, obwohl doch Engagierte öfter spenden, gleichzeitig ihre Anzahl zugenommen hat, und dies in einer Zeit geschah, in der Konsumausgaben deutlich anstiegen.

Die grundsätzliche Verneinung einer Tendenz zur Monetarisierung müsste in detaillierteren Auswertungen nachvollzogen werden. Hier könnten große Unterschiede zu beobachten sein, je nachdem, welchen Bereich und welchen organisationellen Rahmen man einer genaueren Betrachtung unterzieht.

Im Sinne eines Beitrags zur Sozialberichterstattung wäre es wünschenswert, dass Aspekte der sozialen Ungleichheit und Teilhabe sowie offene Fragen zu Engagementbiographien und eines möglichen Empowerments von Menschen zum Engagement noch stärker Beachtung erfahren.

Sehr positiv ist, dass der neue Survey das bürgerschaftliche Engagement in einen breiteren Kontext einbettet: Er beleuchtet beispielsweise das Verhältnis zu informellen Hilfen außer-

halb der Familie, die Wertedebatte, Fragen des Einkommens und der Gesundheit. Hier bleiben Fragen offen, die bei weiteren Auswertungsschritten und Erhebungswellen zu berücksichtigen wären.

Das methodische Vorgehen ist transparent und nachvollziehbar gestaltet. Erforderlich wäre, eine noch breitere Vergleichbarkeit zu den früheren Wellen herzustellen. Wenn es möglich wäre, noch für weitere wichtige Items Ergebnisse im Zeitverlauf zu berechnen, würde dies den Anwendungsbereich auch in der Praxis enorm verbessern. Positiv hervorzuheben ist das Vorhaben einer differenzierteren Erhebung des Engagements von MigrantInnen.

Fragen der methodischen Vorgehensweise, etwa beim Anlegen unterschiedlicher Kriterien zur Prüfung dessen, was Befragte unter Engagement verstehen, haben direkte Relevanz für die dem Survey zugrundeliegende Begriffsdefinition. Ihren Ausdruck findet die zu Grunde gelegte Begrifflichkeit beispielsweise in der Höhe der Engagementquote. Trotz aller Zweifel und Mahnungen in der aktuellen Diskussion hinsichtlich des Aussagegehaltes der Engagementquote und deren eklatanter Steigerung ist doch davon auszugehen, dass sich hier tatsächlich in den letzten 15 Jahren einiges getan hat. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass das enorme Engagement in der Flüchtlingshilfe auch auf einem breiten Sockel und einer mittlerweile positiven Wahrnehmung des freiwilligen Engagements in der Öffentlichkeit aufbaute, dessen Fundament in den letzten Jahren beharrlich gelegt wurde. Alle, die sich für diesen Kulturwandel in den letzten Jahren aktiv einsetzen, können auf diese Entwicklung auch ein wenig stolz sein.

4. Schlussfolgerungen für die Engagementpolitik

Was heißt das nun für die Engagementpolitik? Das Autorenteam des Freiwilligen surveys hat hierzu ein Schlusskapitel formuliert, was sich fast ausschließlich der Frage des Zugangs besonderer gesellschaftlicher Gruppen zum Engagement widmet. Im Bericht selbst steckt natürlich darüber hinaus noch viel mehr:

Wichtig für uns sind u. a. folgende Aspekte:

- *Ermöglichende Engagementpolitik wirkt:* Die Vermittlungszahlen durch die in den letzten Jahren mit öffentlichen Mitteln aufgebauten Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen oder Mehrgenerationenhäuser sind von etwa 3 % auf über 10 % gestiegen. Weitere 10 % der Befragten geben an, sie hätten das Internet genutzt, um ihren Zugang zum Engagement zu finden, das in vielen Fällen auch von diesen Stellen mit Ehrenamtsbörsen bestückt wird.

Um das Engagementpotenzial weiter zu erschließen, sollte der verlässliche Aufbau von nachhaltigen Infrastrukturen des Engagements engagementpolitisch oberste Priorität besitzen. Hierfür brauchen wir eine schon vielfach angemahnte bessere Verzahnung der förderalen Ebenen für eine nachhaltige Sockelförderung.

- *Einkommens- und Bildungskluft der Engagierten:* Seit dem Freiwilligensurvey 1999 wissen wir, dass sich im Engagement eine soziale Schieflage abbildet, die nicht geringer wird. Also müssen wir uns (wieder) um einen ernsthaften Diskurs bemühen, der kaum mehr geführt wurde, seit Ulrich Beck provokativ eine „Zivilgesellschaft light“ (Süddeutsche Zeitung vom 23.6.2001) als geschlossener Veranstaltung der Mittelschichten prognostiziert hatte, die im neoliberalen Umfeld ein bisschen was für das Gemeinwohl tun. Die Antworten, die diese Ungleichheit verringern könnten, sind sicher nicht einfach, weil sie im verminten Gelände von Freiwilligkeit, Förderung und Fordern stattfinden. Und weil es auch recht naheliegt, das Problem mit Geldzahlungen anzugehen. Ulrich Beck hat damals das Konzept der Bürgerarbeit entwickelt, das nicht weitergedacht wurde. In der politischen Realität wurde es in ein Arbeitsmarktinstrument in Hartz IV-Logik (1-Euro-Jobs) verwandelt. So war es aber nicht gemeint, denn Beck hatte in Anlehnung an Hannah Arendts Tätigkeitsbegriff explizit an die Freiwilligkeit der Subjekte angeschlossen und eben kein Fitnessprogramm für den ersten Arbeitsmarkt im Sinn. Dass dieser Bezug im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Tätigkeitsgesellschaft (einem „Recht auf Bürgerengagement“) wieder diskutiert werden muss, verdeutlichen die Ergebnisse des Freiwilligensurveys.
- *Kurzfristiges Engagement wächst, nachhaltige Verantwortungsrollen schwinden:* Der Anteil der Engagierten, die ehrenamtliche Verantwortungspositionen ausüben, nimmt dramatisch ab: 38 % (1999) zu 27,4 % (2014) und das bei einem gleichzeitigen Boom von Neugründungen von Vereinen und Stiftungen. Auf der anderen Seite kommt im neuen Survey zum Ausdruck, dass das sporadische Engagement enorm wächst. Während die drei Vorgänger-Erhebungen von einem recht stabilen Sockel regelmäßig engagierter Personen ausgingen (etwa ein Drittel der Engagierten war einmal oder mehrmals pro Woche aktiv) sinkt dieser Anteil laut der neuen Erhebung recht deutlich auf 23,4 %. Demgegenüber steigt das sporadische Engagement (einmal oder seltener im Monat) von etwa einem Fünftel auf über ein Drittel der Engagierten. Für uns heißt das: Wir müssen uns mehr um die Selbstorganisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft kümmern, die gerade von Menschen abhängt, die sich dauerhaft und verantwortlich einbringen. Wir müssen gesellschaftspolitische Fragestellungen der Zeitpolitik (Stichwort: Work-Life-Balance) stellen, aber auch tiefergehende Krisen der Moderne thematisieren (Wie steht es um das „Prinzip Verantwortung“, wie es Hans Jonas beschrieben hat?). Diese Probleme können nicht durch weitere Professionalisierung des bürgerschaftlichen Engagements (Stichwort: hauptamtliches Freiwilligenmanagement statt ehrenamtlicher Vereinsvorstände) bewältigt werden. Das kann in einzelnen Bereichen sinnvoll sein, für die große Allgemeinheit des Engagements in kleinen, ressourcenschwachen Vereinen und Initiativen muss über andere Fördermöglichkeiten nachgedacht werden.
- *Engagement im Bereich Migration:* Durch den neuen Freiwilligensurvey wurden differenziertere Einsichten und Zugangsmöglichkeiten zu diesem Themenkomplex ge-

schaffen. Es ist eines der größten Verdienste der Erhebung, hier erstmals eine große Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in die Befragung einbezogen zu haben. Die Ergebnisse zeigen, wie erfolgreich Integrationsprozesse verlaufen können, wenn man zivilgesellschaftliche Organisationen dafür öffnet. Sie zeigen aber auch, dass ein langer Atem notwendig sein wird, denn die Erfolge stellen sich oftmals erst in der Generationenfolge ein. Was heißt dies für politische Förderprogramme? Derzeit gibt es viele Schnellschüsse von Lotsenprojekten oder die kurzfristige Förderung von Ehrenamtskoordinationsstellen für Helferkreise usw. Aber die Gefahr ist groß, in die altbekannte „Projektitis“ der Engagementpolitik zurückzufallen. Nehmen die neuen Förderprogramme auch die gewachsenen Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements mit, oder werden wieder neue Institutionen geschaffen, die dann wieder neue Förderbedürfnisse entwickeln? Diese und andere Fragen werden uns beim Weg von der akuten Flüchtlingsarbeit zur nachhaltigen Integrationsarbeit in der Engagementpolitik der nächsten Jahre beschäftigen.

- *Freiwilliges politisches Engagement* wird im Survey gesondert behandelt, es bleibt jedoch in seinen unterschiedlichen Ausprägungen recht unspezifisch. Das zeigt Adalbert Evers in seinem Beitrag für den BBE Newsletter (13/ 2016) auf. Vom gelegentlichen Mitmachen bei einer Onlinebefragung bis zu einem zeitaufreibenden Amt in einer Partei werden verschiedene Tätigkeiten darunter gefasst. Zudem: Was bedeutet der Begriff bürgerschaftliches Engagement in Zeiten von Pegida und zunehmend feindlichen Bürgerprotesten gegen eine offene und tolerante Zivilgesellschaft? Wo verlaufen die Abgrenzungen und Frontlinien? Sind die sogenannten „besorgten Bürger“ nach eigener Auskunft nicht auch „gemeinwohlorientiert“? Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Strömungen brauchen wir vertiefende Kenntnisse über das Verhältnis von Engagement und demokratischer „Resilienz“ von Gesellschaften. Auch die etablierte Politik ist hellhörig geworden angesichts des Anwachsens antidemokratischer Einstellungen. Das ist gut so. Wenn sich das BMFSFJ derzeit bemüht, die Förderkompetenz des Bundes für demokratiestärkende Förderprogramme zu verstetigen und ein Gesetz anzustreben, damit diese vom Bund dauerhaft finanziert werden können, dann ist das nur zu begrüßen. Wo aber verläuft da die Grenze zu den „normalen“ Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements, die wegen des bestehenden Kooperationsverbotes bisher nicht nachhaltig vom Bund gefördert werden können?
- *Bürgerschaftliches Engagement und Bildung*: Engagement ist ein wesentlicher Baustein von Bildungsprozessen. Wir wissen, dass Lernen durch Engagement, insbesondere der Erwerb sozialer Kompetenzen, für Engagierte einen bedeutenden Aspekt darstellt. Dies sollte auch als wichtige Botschaft in die formellen Bildungsinstitutionen wie Schulen und Universitäten getragen werden. Hinsichtlich der Entwicklungen seit der Erhebung im Jahr 2009 gibt es große Überraschungen: Im Freiwilligensurvey 2009 wurde eine deutliche Abnahme des Engagements in der betreffenden Alterskohorte

in Folge der Einführung von G8, der Bachelorstudiengänge sowie der Erweiterung des Ganztagschulwesens festgestellt. Vor Ort haben PraktikerInnen diesen Trend aus eigener Anschauung immer wieder bekräftigt. Der neue Survey konstatiert nun eine enorme Steigerung der Engagementquote in der Altersgruppe der 14- bis 29-jährigen von 34,7 % (2009) auf 46,9 %, während der Anteil derjenigen, die sich einmal oder mehrmals pro Woche engagieren, von 42,5 % (1999) auf 25,1 % drastisch gesunken ist. Dass die enorme absolute Steigerung wirklich damit in Verbindung steht, dass die Botschaft des Engagementlernens in den Schulen und Universitäten angekommen ist, ist zu bezweifeln. Die drastische zeitliche Ausdünnung gibt aber schon zu denken. Wir glauben nicht, dass die Ergebnisse des neuen Surveys Entwarnung geben, gerade weil er ja auch aufzeigt, dass von der Engagementübernahme im Jugendalter auch das Engagement in späteren Jahren abhängt.

- *Wertebefunde:* Der neue Survey nimmt die Wertebefunde dankenswerterweise (wieder) auf, die in der Engagementpolitik besonders intensiv vor etwa 15 Jahren geführt wurde. Die Alternative von Solidarität und Sicherheitsbedürfnis, die der Survey als Fragealternative einführt, ist freilich sehr allgemein. Interessant wären Anknüpfungen an die Lebensstil- und Milieuforschung, die sich ja (besonders prominent ist Sinus) in den letzten Jahren auch mit dem freiwilligen Engagement befasst haben. Zudem ist die immer wieder hochgerankte Aussage: „Ich will Spaß haben“ für die Betrachtung der Engagementmotivation zu unspezifisch. Sie wurde 1999 im Survey eher eingeführt, um das vermeintliche öffentliche Vorurteil zu entkräften, dass mit Ehrenamt vor allem Pflicht und Fron verbunden hatte. Da hat eben das Antwortverhalten deutlich gemacht, dass die Engagierten völlig anders ticken. Natürlich war das auch als gesellschaftspolitische Botschaft gemeint. Aber jetzt brauchen wir detailliertere Aussagen, wenn wir die noch nicht gehobenen Talente der Zivilgesellschaft gewinnen wollen.

5. Zum Schluss: Wünsche für die künftige Engagementforschung

Der Freiwilligensurvey 2014 liefert für verschiedene Bereiche und Kontexte interessante Erkenntnisse hinsichtlich aktueller Entwicklungen des Engagements. Teile des Berichts sind eher deskriptiv angelegt und stellen die Ergebnisse noch zu wenig in den Kontext (größerer) gesellschaftlicher Entwicklungen und engagementpolitischer Fragestellungen. In etlichen Feldern fehlt ein differenzierterer Blick. Das kann und muss natürlich Aufforderung für vertiefende Untersuchungen sein, wie sie auch mit den Datensätzen der früheren Erhebungswellen vorgenommen wurden. Zudem ist bedauerlich, dass der aktuelle Survey die neuen Entwicklungen des großen Engagements in der Flüchtlingshilfe noch nicht aufgenommen hat, weil die eigentliche Erhebung vorher stattfand. Dies stellt eine echte Forschungslücke dar, die in Anbetracht der zeitlichen Rahmung der Erhebungswellen nicht zu schließen ist. Es bleibt zu hoffen, dass hier ergänzende Studien und Untersuchungen Aufschluss bieten können.

Von Universitäten und Hochschulen muss in diesem Sinne endlich der systematische Aufbau einer nachhaltigen Engagementforschung befördert werden. Dazu sollten Forschungsschwerpunkte gebildet werden. Die quantitativen Erhebungen „Freiwilligensurvey“ und „Zivilgesellschaft in Zahlen“ müssen verlässlich fortgeführt und in Zukunft noch besser miteinander verknüpft werden. Wünschbar wäre langfristig auch eine Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene. Zusätzlich müsste der Bereich der qualitativen Forschung, der Werte- und Lebensstilforschung, der historischen Forschung zur Veränderung von Engagement ausgebaut werden – dieses wichtige Feld ist heute in der deutschen Forschungslandschaft lediglich in Spurenelementen vorhanden. Insgesamt ist zu hoffen, dass sich ein Kern von Zivilgesellschaftsforschung in den kommenden Jahren bilden wird. Hierfür ist es notwendig, eine neue Generation von ForscherInnen bei ihrer Entwicklung und Profilierung zu ermutigen und zu unterstützen.

Richtungsweisende Fragen für die aktuelle Debatte sehen wir (unabhängig von den empirischen Ergebnissen) auch im Bereich der Verfahrens- und Steuerungsfragen verortet: Wie ist es um Vernetzung, Transparenz, Bündelung von Expertise und Kommunikation im Verfahren der Erstellung und Auswertung bestellt? Die aktuelle, kritische Debatte verweist darauf, dass ein beauftragter Survey stets auch politische Implikationen des Auftraggebers zu verantworten und zu beantworten hat. Das war in früheren Wellen nicht anders und wurde bereits im Kontext des Freiwilligensurvey 2009 diskutiert. Der Auftraggeber wäre dafür zuständig, Verbindungen zu jenen Akteuren im Feld zu suchen, die sich seit Jahren um die Frage der Weiterentwicklung der Engagementpolitik gekümmert haben. Solche möglichen Verbindungen wurden in der aktuellen Erhebungs- und Auswertungsphase nicht ausreichend abgerufen, da herrschte eine lange Funkstille. Für eine neue Welle des Freiwilligensurveys aber auch für die Diskussion aktueller Fragen einer Vergleichbarkeit der Ergebnisse der bisherigen Surveys wäre eine bessere Kooperation mit Forschung und Praxis sinnvoll und wünschenswert. Das BBE als das große bundesweite Netzwerk des bürgerschaftlichen Engagements ist bereit, seinen Teil zu einer gelingenden Kooperation beizutragen.

AutorInnen

Dr. Thomas Röbbke ist geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. und Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates.

Kontakt: Roebke@lbe-bayern.de

Dr. Lilian Schwalb ist Leiterin des Bereichs Netzwerkbetreuung und -entwicklung im BBE.

Kontakt: Lilian.Schwalb@b-b-e.de

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de